



An Bespitzelungs-Befugnis wird weiter festgehalten

Scharfe Kritik am Regierungs-Gesetzentwurf für eine „Verfassungsschutz-Reform“

Es nennt sich Thüringer Gesetz zur Änderung sicherheitsrechtlicher Vorschriften, mit dem die Landesregierung den Verfassungsschutz reformieren will und das am 21. März in erster Lesung im Landtag behandelt wurde. Nicht nur, dass es aus der Opposition heftige Kritik hagelte, auch die Koalition aus CDU und SPD ist darüber bereits aneinander geraten. Dabei geht es vor allem um die Präventionsarbeit, die die CDU nun doch weiter auch beim „Verfassungsschutz“ sieht, während die SPD auf das Landesprogramm für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz verweist. Für die Linksfraktion ergriff in der Debatte deren innenpolitischer Sprecher Ralf Kalich das Wort.

Er erinnerte an den Gesetzentwurf der Grünen, der erst vor einem Monat im Landtag debattiert und von der LINKEN kritisiert worden war und betonte: „Auch diesen Gesetzentwurf haben wir zuallererst dahingehend überprüft, ob sich an irgendeiner Stelle auch nur der Ansatz einer nachvollziehbaren Begründung für die Notwendigkeit eines Inlandsgeheimdienstes finden lässt. Aber auch bei der Landesregierung: Fehlanzeige.“

Nicht einmal bei den Alternativen seien CDU und SPD geneigt, die ersatzlose Abschaffung des Dienstes zu benennen. „Und ich sage Ihnen auch, warum Sie dies nicht tun. Sie müssten

sich dann selbst mit der Frage auseinandersetzen, warum sie an einem solchen Amt mit der Befugnis zur Bespitzelung festhalten und Sie haben Angst, selbst keine Antwort liefern zu können. Sie müssten schließlich auch zwei Drittel der Bevölkerung in der Bundesrepublik überzeugen, die laut Umfragen kein Vertrauen in eine solche Behörde haben. In den neuen Bundesländern sind dies sogar 77 Prozent.“

Der LINKE-Politiker setzte sich mit der von der Koalition formulierten Begründung für die Verfassungsschutzreform auseinander, denn da wird auf die Aufklärung der Vorgänge in den neunziger Jahren im Zusammenhang mit der NSU-Terrorgruppe verwiesen. Allein diese Formulierung zeige schon, „dass Sie die in den vergangenen Jahren öffentlich diskutierte Kritik an den Verfassungsschutzbehörden überhaupt nicht verstanden haben“.

„Dieser Preis ist zu hoch“

Aber die „absolute Zumutung“ sei, wenn es heißt: „Es bedarf gesetzlicher Regelungen, die den Verfassungsschutz noch besser in der Mitte der Gesellschaft positionieren.“ Ralf Kalich dazu: „Glauben Sie tatsächlich, eine Institution wie den Verfassungsschutz durch Gesetz in der Gesellschaft verankern zu können und der Tatsache der vollständigen Delegitimierung des Inlandsgeheimdienstes mit einigen Änderungen hier und da zu begegnen?“ Insbesondere werde auch keine wirk-

same Beschränkung bei den nachrichtendienstlichen Befugnissen vorgenommen, so der Abgeordnete mit Verweis auf den Einsatz von V-Leuten – möglicherweise sogar auch weiterhin solchen, die bereits Straftaten begangen haben. Denn laut Gesetzentwurf wird das nicht völlig ausgeschlossen.

Scharf kritisierte Ralf Kalich die „Begehrlichkeiten, über Menschen ein umfassendes Bild zu besitzen, um Gefahren zu begegnen, bevor sie tatsächlich entstehen“. Der Preis dafür „ist eine an Freiheiten beschränkte Demokratie und dieser Preis ist zu hoch. Er ist auch nicht notwendigerweise zu entrichten, um Gefahren präventiv zu begegnen. Denn die Erfahrungen der vergangenen Jahre und die Aufklärungsarbeit in den Untersuchungsausschüssen haben zweierlei gezeigt:

Erstens: Der gesellschaftlichen Gefahr des Neonazismus hätte frühzeitig und wirksam begegnet werden können, wenn zivilgesellschaftliche Initiativen, Bürgerbündnisse und antifaschistische Gruppen ernst genommen worden wären und sie eine Unterstützung erfahren hätten, statt sie mit der Keule der unsäglichen Extremismustheorie zu diskreditieren und ihre wichtige Arbeit zu behindern.

Zweitens: das Gefahrenabwehr- und das Strafprozessrecht hätten, die notwendige Sensibilisierung der Akteure vorausgesetzt, ausgereicht, um neonazistische Straf- und Gewalttäter sowie deren aktiven Unterstützer rechtsstaatlich zu verfolgen.“ ■

KOMMENTIERT:

von Mike Huster

Steuergerechtigkeit

Wir sind ja emotionale mediale Ereignisse gewöhnt. Dazu gehört sicher der Prozess gegen Uli Hoeneß und das entsprechende Urteil.

Bis jetzt kam es deutschlandweit zu circa 60.000 Selbstanzeigen. Von den Einnahmen profitiert auch Thüringen. Diese Zahlen zeigen die Schiefelage in unserem Gemeinwesen. Bei vielen Menschen hat sich der Eindruck tief verfestigt, dass die Kleinen härter rangenommen werden und viele Große nur danach trachten, ihre Pfründe am Gemeinwesen vorbei zu scheffeln. Politik muss handeln!

Vor dem Hintergrund der Debatten um CD-Käufe und deren Mitfinanzierung durch die Bundesländer haben wir uns hier in der Vergangenheit des öfteren mit der Problematik befasst. Für uns stand und steht die Frage, ob die Landesregierung bei der künftigen Sicherstellung von Steuergerechtigkeit und Steuermoral ihre bisherigen Positionen ändert. Auch bei diesem wichtigen Thema für die Legitimation unseres Rechtssystems als auch für die Sicherung der Finanzierung des Gemeinwohls jenseits der Kürzungsprogramme hat diese Koalition aus CDU und SPD keine einheitliche Position. So fordert der Finanzminister zwar den Druck auf Steuerhinterzieher hoch zu halten, verweigert sich aber einer Beteiligung Thüringens am Kauf von Steuer-CD's. Diese Position ist umso mehr verwunderlich, als neben Nordrhein-Westfalen die mit Abstand meisten Selbstanzeigen aus Bayern und Baden-Württemberg stammen, also zwei Bundesländern, deren Regierungen gegen den Länderfinanzausgleich klagen, einschließlich einer politischen Kampagne gegen die vermeintlichen falschen Anreize an die sogenannten Nehmerländer. Auch diesen Zusammenhang sollte man nicht vergessen.

Die Position des Thüringer Finanzministers zum Länderfinanzausgleich ist nachvollziehbar. Um so mehr verwundert uns als Fraktion, dass Dr. Voß bei der Frage der Steuergerechtigkeit und der Steuermoral seine Position offenbar nicht ändern will oder kann. Wir sind überzeugt, dass wir Reichtum in diesem Land thematisieren müssen und auch, wie dieser Reichtum zur Finanzierung des Gemeinwesens besser herangezogen werden kann.

Aus der Rede des Finanzpolitikers der Linksfraktion am 19. Mär ■

AKTUELL

Rente: Besserstellung um 0,8 Prozent

Die jetzt angekündigte Rentenerhöhung Ost um 2,5 Prozent wird als großer Wurf zu mehr Steuergerechtigkeit verkauft. Margit Jung, seniorenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, erklärte dazu:

„Das Rentenplus 2014 kann weder die allgemeine Absenkung des Rentenniveaus ausgleichen, noch die Rentenverluste der vergangenen Jahre. Die Besserstellung der ostdeutschen Renten um 0,8 Prozent ist zudem nur ein schaler Ersatz für die von der SPD versprochene Rentenangleichung Ost an West!“

Heute liegt das Rentenniveau noch bei 47,9 Prozent. Bis 2030 wird es auf 43,7 Prozent sinken. Zwischen 2003 und 2013 blieben die Renten

im Westen um 7,5 Prozentpunkte und im Osten um 6,3 Prozentpunkte hinter den Bruttolöhnen zurück. Margit Jung betonte: „Wir müssen wieder zurück zu einem Rentenniveau von 53 Prozent, die Kürzungsfaktoren müssen aus der Rentenformel gestrichen werden. Anders lässt sich Altersarmut angesichts der stetig steigenden Preise für Lebensmittel, Energie und Wohnraum nicht verhindern – weder in Ost noch in West.“

Zudem bleibt DIE LINKE dabei, dass endlich die Rentenlücken aus dem Einigungsvertrag geschlossen werden müssen: Insbesondere ostdeutsche Frauen werden weiterhin bedeutend schlechter gestellt. Sei es als DDR-Geschiedene oder bei der neuen Mütterrente. Am 20. März hatte das Bundesarbeitsministerium bekannt gegeben,

dass die rund 20,5 Millionen Rentner vom 1. Juli an mehr Geld erhalten. Die Erhöhung soll in Ost- und in Westdeutschland unterschiedlich ausfallen: In Ostdeutschlands steigen die Renten um genau 2,53 Prozent, im Westen um 1,67 Prozent.

Die Rentenerhöhung führt bei einer Monatsrente von 800 Euro zu einem Plus von brutto 20,24 Euro im Osten und von 13,36 Euro im Westen. Die Inflation lag 2013 bei 1,5 Prozent, im Februar bei 1,2 Prozent.

Bereits im vergangenen Jahr hatten Rentnerinnen und Rentner im Osten 3,29 Prozent mehr bekommen, im Westen waren es 0,25 Prozent. Auch 2012 war die Rentenerhöhung im Osten geringfügig höher als im Westen ausgefallen. ■